



Dresden, 27. Januar 2010

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortlich
Sandra Hennig

Telefon 030.4081-5510
Telefax 030.4081-5599
post@dbbj.de
www.dbbj.de

Einkommensrunde: Demo in Dresden

Oeser: „Dem Öffentlichen Dienst geht die Luft aus“

Der sächsische Landesverband der dbb jugend (sbb jugend), Sächsischer Beamtenbund und dbb tarifunion demonstrierten heute vor dem Hintergrund der laufenden Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen auf dem Rathausplatz in Dresden, um der Forderung der jungen Beschäftigten nach mehr Gehalt und besseren Ausbildungsverhältnissen Nachdruck zu verleihen. Unter dem Motto „Dem Öffentlichen Dienst geht die Luft aus“ wurde symbolisch die Luft aus mitgeführten Ballons gelassen.

„Wir haben es satt, als Beschäftigte im Öffentlichen Dienst ständig den vermeintlich sicheren Job vorgehalten zu bekommen. Auszubildende in den Verwaltungen erhalten meist nur noch Anschlussverträge für drei Monate. Und was passiert danach? Dem Öffentlichen Dienst geht die Luft aus, wenn es um den Nachwuchs geht, die Verwaltungen sind hoffnungslos überaltert. Im Kampf um die besten Köpfe müssen die Arbeitgeber mehr tun – darum unsere Forderung: 100 Euro mehr und eine Übernahmegarantie für alle Auszubildenden!“, sagte Nils Oeser, Vorsitzender der sbb jugend.

Michael Gadzalla, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend, forderte die Arbeitgeber auf, endlich ein verhandelbares Angebot vorzulegen: „Die Arbeitgeber müssen zur Kenntnis nehmen und anerkennen, dass die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst Garant für Stabilität und Sicherheit sind, kein Kostenfaktor. Böhle und de Maizière sollen eine Offerte auf den Tisch legen, die auf unsere Forderungen eingeht – Plus für den Öffentlichen Dienst bedeutet Plus für die Zukunft.“

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann kritisierte die populistische Meinungsmache gegen die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes: „Wer dafür sorgt, dass dieses Land funktioniert, muss sich noch anhören, dass er doch froh sein kann, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben, dass er eigentlich schon jetzt viel zu gut bezahlt werde!“ Wer leiste, habe Anerkennung verdient, forderte Hollmann und betonte: „Die eigene Bezahlung wird nicht dadurch gerechter, dass es immer noch Berufe gibt, in denen noch schlechter bezahlt wird. Dumpinglöhne sind nicht unser Maßstab. Der Staat muss dafür sorgen, dass qualifizierte, junge Mitarbeiter nachwachsen können – ohne Nachwuchs keine Zukunft.“

pressediens